

N i e d e r s c h r i f t

der 22. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 14.06.2006

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 16.20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Herr Bernhard Bönisch	CDU
Frau Ute Haupt	Die Linkspartei. PDS
Herr Hendrik Lange	Die Linkspartei. PDS
Herr Dr. Bodo Meerheim	Die Linkspartei. PDS
Frau Heidrun Tannenberg	Die Linkspartei. PDS
Frau Gertrud Ewert	SPD
Herr Gottfried Koehn	SPD
Herr Johannes Krause	SPD
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.
Herr Heinz Maluch	GRAUE
Herr Friedemann Scholze	FDP
Herr Eberhard Doege	BG
Herr Egbert Geier	BG
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG
Herr Dr. Thomas Pohlack	BG
Frau Ria Steppan	Verw.
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verw
Frau Dagmar Szabados	Bgm
Herr Thomas Willecke	Verw

Entschuldigt fehlen:

Frau Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler		
Herr Harald Bartl	CDU	Herr Geuther
Frau Isa Weiß	CDU	Herr Klaus
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	Herr Prof. Schuh
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Herr Wehrich
Frau Annemarie Kraft	Verw	Frau Punner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 22. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde eröffnet und geleitet von Frau Bürgermeisterin **Dagmar Szabados**.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

einstimmig z u g e s t i m m t

Es wurde folgende **T a g e s o r d n u n g** festgestellt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Feststellung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.05.2006**
4. **Vorlagen**
- 4.1. **Vorbereitung und Durchführung der Wahl der Oberbürgermeisterin/des Oberbürgermeisters**
Vorlage: IV/2006/05764
5. **Anträge von Fraktionen und Stadträten**
6. **Anfragen von Stadträten**
7. **Anregungen**
8. **Mitteilungen**

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.05.2006

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 21. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 17.5.2006.

Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die Niederschrift der 21. öffentlichen Sitzung am 17.5.2006 in der vorliegenden Fassung.

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 Vorbereitung und Durchführung der Wahl der Oberbürgermeisterin/des Oberbürgermeisters Vorlage: IV/2006/05764

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, sagte, dass er nach Bestätigung der Vorlage den Hauptausschuss über den Sachstand zur Erteilung von Melderegisterauskünften im Zusammenhang mit Wahlen informiert.

Frau Bürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Herr Doege informierte, dass nach § 34 Meldegesetz LSA die Meldebehörden die Möglichkeit haben, Auskünfte aus dem Melderegister über Gruppen Wahlberechtigter zu erteilen.

Diese Auskunftserteilung der Meldebehörde steht im entsprechenden pflichtgemäßen Ermessen dieser Behörde. Sie hat dabei gegebenenfalls sich gegenüberstehende Interessen miteinander abzuwägen. Gegenüber steht sich einerseits das Recht der Bürger auf informationelle Selbstbestimmung, andererseits das Informationsbedürfnis der Parteien und Wählergruppierungen im Zusammenhang mit Wahlen. Das informationelle Selbstbestimmungsrecht gem. Art. 2 GG entfaltet einen weit reichenden Schutz, darf aber nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes nicht schrankenlos gewährleistet werden.

§ 34 Meldegesetz räumt der Verwaltung im Grundsatz letztendlich die Möglichkeit ein, in die Rechte der Bürger einzugreifen und entsprechende Gruppenauskünfte zu erteilen. Grundlage dafür ist das legitime Informationsbedürfnis von Parteien. In der Gegenüberstellung dieses Informationsbedürfnisses mit der Beachtung schutzwürdiger Belange der Bürger hat die Verwaltung zu beachten, dass die Stadt zumindest einmal im Jahr sowie acht Monate vor einer jeden Wahl die Bürgerschaft mit dem Abdruck eines Formblattes informiert, dass ein entsprechendes Widerspruchsrecht gegen die Bekanntgabe von persönlichen Daten besteht. Von diesem Recht haben in der Stadt Halle inzwischen 23 000 Bürger Gebrauch gemacht. Die Verwaltung hat daraus die Schlussfolgerung gezogen, dass ein beachtlicher Teil der Bürgerschaft der Stadt Halle gegen die Weitergabe ihrer personenbezogenen Daten an politische Parteien und Wählergruppierungen eingestellt ist. Deshalb ist es aus Sicht der Verwaltung angemessen, dem Recht des Einzelnen auf

informationelle Selbstbestimmung den Vorrang gegenüber dem Informationsbedürfnis der Parteien und Wählergruppen einzuräumen. Alle Wählergruppen und Parteien müssen gleichbehandelt werden, so dass die Verwaltung keine Gruppenauskünfte aus dem Melderegister vor der Oberbürgermeisterwahl geben wird.

Diese Entscheidung wurde im Einvernehmen mit der Oberbürgermeisterin getroffen.

Frau Szabados legte dar, dass dies ein deutliches Votum der Bürgerschaft ist und die Stadtverwaltung kann es darauf begründen, warum so verfahren wird.

Frau Haupt, Fraktion Die Linkspartei. PDS, fragte, ob hierzu eine Pressemitteilung erfolgt.

Herr Doege antwortete, dass dies nicht üblich sei. Verwaltungshandeln würde im Allgemeinen nicht in dieser Form öffentlich bekannt gemacht.

Frau Haupt bat um schriftliche Übergabe des Textes.

Herr Doege sagte eine gründlich formulierte Aussage im Protokoll (siehe seine Ausführungen am Anfang zu TOP 4.1, Seite 4/5) zu.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig z u g e s t i m m t

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat beruft Herrn Beigeordneten Eberhard Doege zum Gemeindevahllleiter und Frau Fachbereichsleiterin Rita Lachky zur stellvertretenden Gemeindevahllleiterin.**
 - 2. Der Stadtrat beschließt die Durchführung und öffentliche Bekanntmachung der Wahl der Oberbürgermeisterin/ des Oberbürgermeisters am 12. November 2006 und der Stichwahl am 26. November 2006.
Die Wahl und erforderlichenfalls die Stichwahl finden in der Zeit von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr statt.**
 - 3. Der Stadtrat beschließt die Ausschreibung der Stelle der Oberbürgermeisterin/des Oberbürgermeisters und setzt die Einreichungsfrist der Bewerbungen um das Amt der Oberbürgermeisterin/des Oberbürgermeisters auf den Zeitraum vom 13. September 2006 bis 16. Oktober 2006 fest.**
 - 4. Der Stadtrat beschließt in seiner Sitzung am 25. Oktober 2006 über die Zulassung der Bewerbungen sowie, falls erforderlich, in einer Sondersitzung am 15. November 2006 über die Zulassung der Bewerbungen für die Stichwahl und nimmt den Terminkalender für die Oberbürgermeisterwahl zur Kenntnis (siehe Anlage).**
-

zu 5 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Es lagen keine Anträge vor.

zu 6 **Anfragen von Stadträten**

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte, warum der Antrag zu Lärmschutzmaßnahmen an der Verlängerung der Osttangente im letzten Ausschuss für Planungsangelegenheiten von der Tagesordnung abgesetzt wurde, obwohl der Abschlussbericht vorliegen soll.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, antwortete, dass beim letzten Planungsausschuss der Bericht noch nicht abgeschlossen war.

Herr Prof. Schuh war mit der Antwort einverstanden.

Herr Wehrich, Fraktion WIR FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, bezog sich auf das Gesetz zur Bildung von Zweckverbänden. Die Frist zu diesem Gesetz ist abgelaufen. Insofern kann zwangsweise vom Land ein Zweckverband mit dem Umland gebildet werden. Er fragte nach dem Stand in der Verwaltung bei der Vorbereitung dieser Zweckverbände mit dem Umland.

Herr Dr. Pohlack antwortete, dass die Vorlage zur Unterschrift bereits vorliegt, um dann in den Gremien eingereicht zu werden.

Herr Koehn, Fraktion der SPD, fragte, ob daran gedacht werde, die Marktordnung den Gegebenheiten des Markplatzes anzugleichen. Hier bezog er sich auf die zwei neu gebauten Anlagen, wie Brunnen und Bioskop. Weiterhin fragte er, warum die Fahrradständer auf dem Markt abgebaut wurden. Diese sind eine Unfall- und Gefahrenquelle.

Herr Doege beantwortete die Frage nach der Marktordnung, dass der Markt noch nicht fertig gestellt ist. Für die gesamte Marktfläche stehen noch nicht alle Senkelektren und –hydranten zur Verfügung. Sobald der Markt fertig ist, werden die Marktstände, so wie es der FB Planung vorgegeben hat, aufgestellt.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, bemerkte, dass man sich trotzdem vorher darum kümmern sollte, dass die Händler ihre Restware nicht in und an den Brunnen stellen.

Herr Dr. Pohlack antwortete zum Entfernen der Fahrradständer, dass der Baubetrieb, welcher diese installiert hatte, sich ohne Abstimmung mit der Stadtverwaltung entschlossen hatte, einige Fahrradständer zu reparieren bzw. farblich zu behandeln. Die aus dem Boden herausragenden Halterungen wurden provisorisch mit rot-weißen Barken abgesichert. Allerdings wurden diese von Unbekannten umgesellt bzw. entfernt. Er werde sich aber der Sache annehmen.

Herr Bönisch fragte, ob die Stadtverwaltung ein entsprechendes Schreiben gemäß des im Mai gefassten Beschlusses zum Geisteswissenschaftlichen Zentrum erstellt habe. Gibt es bereits eine Reaktion der Landesregierung?

Frau Szabados entgegnete, dass sie Rücksprache mit Frau Oberbürgermeisterin Häußler nehmen muss, um dies im nächsten Stadtrat zu beantworten. Die Fraktionsvorsitzenden werden vorher darüber informiert.

Weitere Anfragen gab es nicht.

zu 7 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

zu 8 Mitteilungen

Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Bildung, informierte, dass die Kulturmanagerin, Frau Dr. Carola Schneider, seit dem 15. Mai 2006 in der Stadtverwaltung tätig ist.

Weiterhin gab er bekannt, dass ein Gespräch im Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt mit dem neuen Staatssekretär in Bezug auf die Fortsetzung der Förderung der Bühnen und Orchester der Stadt Halle stattgefunden hat. Das Ministerium wird erst im Herbst auf die Stadt Halle zukommen. Es wurde aber die Aussage getroffen, dass die Förderung weiter erfolgen soll.

Frau Szabados schlug vor, Frau Dr. Schneider in der nächsten Stadtratssitzung den Stadträtinnen und Stadträten persönlich vorzustellen. Sie teilte außerdem mit, dass am 17. Juni 2006, 11.00 bis ca. 13.00 Uhr eine Kundgebung für Demokratie und Weltoffenheit stattfinden wird. Dies ist eine Kundgebung zahlreicher Vereine, Verbände und Institutionen der Stadt.

Frau Steppan, amt. Pressesprecherin, ergänzte, dass die Teilnehmer der Kundgebung zum Gedenken des 17. Juni gemeinsam zum Abschluss auf dem Hallmarkt an der Gedenktafel einen Kranz niederlegen werden.

Weitere Mitteilungen gab es nicht.

Frau Bürgermeisterin Szabados beendete die 22. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

Dagmar Szabados
Bürgermeisterin
und stellvertretende Vorsitzende des Hauptausschusses

Kerstin Punner
stellv. Protokollführerin